



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/108

Hannover, 8. September 1948

Kraftprobe auf dem Höhepunkt

-----  
Von Willy Brandt, Berlin

Viermal seit dem 26. August hat die Berliner Stadtverordnung vertagt werden müssen, als sie am Montag endlich im Stadthaus zusammentreten sollte. Aber auch diesmal war nicht an eine Tagung zu denken, die der parlamentarischen Würde und Arbeitsruhe noch einigermaßen entsprochen hätte. Wiederum drang der Janhagel in das Stadthaus, wiederum wurde der Plenarsaal besetzt, und wiederum die Polizei des russischen Sektors zum Schutz der Radaubröder eingesetzt. Inzwischen sind die Stadtverordneten, hinter denen vor zwei Jahren über 80 Prozent der Wähler standen, und hinter denen heute sicher 90 Prozent stehen, an einen Tagungsort im britischen Sektor umgezogen, in die taberna academica der Technischen Hochschule.

Ob damit die offizielle Spaltung Berlins vollzogen ist? Die Frage ist mit Nein zu beantworten. Die Stadtversammlung ist weiterhin die demokratische Vertretung von ganz Berlin und der Magistrat die rechtmässige Regierung der Stadt. Nirgends steht geschrieben, dass diese Körperschaften nur im russischen Sektor tagen dürfen und selbst wenn es geschrieben stünde, wäre durch die Tumulte ein Notrecht geschaffen. In Wirklichkeit ist es einzig und allein Sache der russischen Besatzungsmacht, sich zu entscheiden, ob auch in ihrem Sektor Rechtsverhältnisse einziehen sollen.

Man vergegenwärtige sich, was in den letzten beiden Tagen vor sich gegangen ist, nachdem der russische Kommandant keine Antwort auf die Frage des Stadtverordnetenvorstehers wegen der Schaffung einer Baunneile um das Stadthaus gegeben hatte. Die SED organisierte am Montag neue Demonstrationen angeblicher Betriebsdelegationen. Zur den Kommunisten des Ostsektors gesellte sich die Unterwelt. Die Eisengitter des Hauses und die Türen des Plenarsaales wurden zertrümmert, Ordner des Magistrats niedergeschlagen, Stadtverordnete bedroht und das alles nicht nur unter Duldung, sondern mit Beteiligung der Polizei von Ost-Berlin. Diese russisch geführte Polizei ging sogar dazu über, Angestellte des Magistrats

0. September 1948

und Besucher des Stadthauses zu verhaften und mit Handschellen abzuführen. Sie erhielten tatkräftige Unterstützung durch sowjetische Beamte. Man scheute sich nicht einmal, Magistratsordner, gefesselt zu entführen, die sich unter den Schutz westallierter Verbindungsoffiziere gestellt hatten. Dienstagabend kam es zu dramatischen Auftritten mit der Verhaftung leitender amerikanischer und englischer Beamte, als sich die Markgraf-Polizei anschickte, das neue Stadthaus zu durchkämmen und dort noch befindliche Ordner gefangen zu nehmen. Im Laufe der Nacht war etwa zwanzig Ordner freies Geleit zugesagt worden, der sie abtransportierende französische Autobus ist jedoch im Laufe der Nacht verschwunden.

Das alles spielte sich ab, während die Militärgouverneure im Gebäude des Kontrollrats zusammensassen, um die Berliner Frage einer Lösung näherzubringen. Wer etwa geglaubt hatte, dass es sich hier um ein einfaches Thema handelte, ist durch die kommunistische Begleitmusik eines anderen belehrt worden. Niemand kann auch den Berlinern verdenken, dass sie auf die Herausforderung entsprechend antworten und nun fordern: Freiheit und Rechtssicherheit im Ostsektor und demokratische Selbstverwaltung für ganz Berlin. Eben das ist der Inhalt der Forderung, die das Stadtparlament erhoben und der sich die Bevölkerung am Donnerstag mit grossen Massendemonstrationen anschliessen wird.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am Montag die Mandate der fünf Berliner Vertretung im Parlamentarischen Rat bestätigt, die infolge der vorangegangenen Krawalle provisorisch von den demokratischen Parteien mit Zustimmung des Ältestenrates entsandt worden waren. Bei dieser Beratung fielen einige harte Worte nicht nur vom sozialdemokratischen Sprecher, sondern auch durch die Vertreter der Berliner CDU und der Liberal-Demokraten. Alle bedauerten, dass der Berliner Delegation keine vollberechtigte Mitarbeit im Parlamentarischen Rat eingeräumt wurde. Auf den Einwand der Alliierten, Berlin sei eine von vier Mächten verwaltete Stadt, während für Bonn nur drei Mächte zuständig seien, wurde erwidert, dass der Viermächtestatus nicht immer nur zum Nachteil der Berliner Bevölkerung ins Feld geführt werden dürfe.

Das Stadtparlament hat beschlossen, dass am 14. November Neuwahlen stattfinden sollen. Die demokratischen Parteien haben damit bekundet, dass sie das Votum der Bevölkerung nicht fürchten. Die Kommunisten versuchen, um die Neuwahlen mit Gerede von den in den Westsektoren angeblich nicht vorhandenen demokratischen Bedingungen herumzukommen. Gleichzeitig vollzieht sich im Ostsektor eine völlige Gleichschaltung der Verwaltung und des öffentlichen Lebens. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht sozialdemokratische Magistratsangestellte in diesem Teil der Stadt bedroht, abgesetzt oder gar verhaftet werden. Die Frist, die den Militärgouverneuren von Moskau für ihre Ausarbeitung gesetzt war, ist am Dienstag abgelaufen. Die Frage einer Überbrückungslösung auf dem Gebiete der Wahrung, des Handels und des Transports konnte im Laufe einer Woche nicht einheitlich beantwortet werden. Während drei Parteien über diese Frage nachdachten, wollte die vierte fertige Tatsachen schaffen. Das hat überaus harte Reaktionen ausgelöst. Die Westmächte werden kaum weiter verhandeln wollen, solange nicht die Russen von den "volksdemokratischen" Handschellenmethoden abrücken. Die Berliner werden jedenfalls, solange ihnen die physischen Möglichkeiten dazu gegeben sind, weiterhin dafür sorgen, dass ihre Stimme bei den Verhandlungen

Sforzas Deutschland-Rezept

E. A. M., Rom, im September

Mit zwei ausführlichen Leitartikeln ist der italienische Außenminister Carlo Graf Sforza für eine schrittweise Verwirklichung der europäischen Föderation eingetreten, wobei er besonders scharf die "übertriebene Autonomie nationaler Staaten" angriff. "Das nationalistische Übel", so schreibt er u. a., "nahm seinen Weg von Frankreich über Italien nach Deutschland und brachte Europa nichts als Kriege, Zerstörungen und Vernichtung ganzer Generationen". Überdies spricht Sforza von unedlen Friedensverträgen, die nichts als unsicherer Waffenstillstand und Keim neuer Konflikte sind. Für Italien gelte, dass es immer und überall seine Bereitschaft zu jeder Beschränkung seiner nationalen Souveränität erklären müsse - unter der Bedingung, dass die anderen dasselbe tun. Im Übrigen sei der beste Weg, gegen die mechanische kommunistische Formel zu opponieren, die Idee der europäischen Föderation.

Als erste Vorläufer dieser Föderation nennt Sforza die Zollunion Benelux und die im Werden begriffene Zollunion Italien-Frankreich. Überdies existierten bereits Unionen politisch-militärischen Charakters in Europa. An sie müssten als Wertmaßstab die Gefühle und Interessen des deutschen Volkes angelegt werden, "eines Volkes, das eher als man meinen möchte, für unseren Kontinent und die ganze Welt ein kompliziertes Problem darstellen wird als das sowjetische". Sforza kommt in seinen weiteren Ausführungen zu einer verblüffenden Definition des deutschen Volkscharakters, die immerhin den Vorzug der Offenheit hat. Er schreibt: "Wenn eine westliche Militär-Allianz wirklich von Bedeutung wird, könnte sie das deutsche Volk an sich haben. Als neue Landsknechte Europas würden die Deutschen vielleicht den geheimen Gedanken einer nationalen Revanche hegen, sobald sie ihre militärische Tüchtigkeit der neuen Allianz verdingen können. Dabei wären sie immer bereit, diese wieder zu verlassen - wie sie es mit Freuden hinsichtlich des einen oder anderen Gegners in der letzten Phase des zweiten Weltkrieges getan hätten, wenn Gelegenheit dazu gewesen wäre." Sforza sagt dann, dass "damit keineswegs unsinnige antideutsche Schmähungen aus der Kriegszeit ausgegraben werden sollen." Es müsse nur erkannt und daran erinnert werden, "dass die Deutschen, so reich an erfinderischen und technischen Erfindungen, weniger als andere Völker gelernt haben, sich selbst zu regieren. Nicht etwa, dass sie von Natur eine Bedientenseele hätten, wie Bebel Soziarte, aber weil Luther im 16. Jahrhundert ihre Entwicklung entgegen allem täuschenden Anschein zum Stillstand gebracht hat, indem er sie wie Herdenvieh ihren irdischen Herren, den verschiedenen Fürsten des Reiches, verkaufte."

Sforzas Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage verraten die Konzeption des abgeklärten, erfahrenen Staatsmannes, der sich frei fühlt

von Ressentiments. Demnach sei die demokratische Gesundung der Deutschen eine Hauptbedingung zur Lösung des europäischen Problems. In naiver Weise sei seit Kriegsende versucht worden, diese Demokratisierung mit alten fremden Belehrungen und Reden zu erreichen. "Unsere höchste Pflicht und höchstes Interesse aber ist es, die Deutschen mit Europa zu versöhnen. Dazu gibt es nur ein Mittel: Wir müssen den Deutschen anbieten, sich als Gleiche unter Gleichen und Freie unter Freien an der Tisch der grossen wirtschaftlichen und politischen Föderation Westeuropas zu setzen. Nur dann werden die alten Restbestände verschwinden, die noch in vielen heidnischen deutschen Herzen vegetieren, und aus denen der Nazismus entstand; nur dann werden die Deutschen erkennen, wieviel besser es auch für sie ist, für den Frieden und nicht für den Krieg zu arbeiten; nur dann wird das edle Deutschland Goethes wieder erwachen. Welchen wir von dieser Hauptstrasse ab, dann riskieren wir, um einer hypothetischen russischen Gefahr auszuweichen, dass wir mit unseren eigenen Händen eine neue und näher liegende deutsche Gefahr zum Leben erwecken." (b/69/2/he)

#### Das Unterhaus vor ernststen Problemen

sp. Mitte der dritten September-Woche kehrt das englische Unterhaus aus den Ferien wieder an die Arbeit zurück. Die neue Session, die ausser der Reihe einberufen wurde, wird nach allgemeiner Ansicht nur von kurzer Dauer sein, aber im Zeichen erregter Debatten stehen. Drei Punkte harren der Erledigung: Die Verabschiedung des sogenannten Parlaments-Gesetzes, die Frage der Wehrpflicht und schliesslich das Problem Preise und Löhne, das bereits den Gewerkschaftskongress in Margate eingehend beschäftigt hat. Um das Parlamentsgesetz wird es voraussichtlich einen besonders heissen Kampf geben; es sieht eine erhebliche Beschneidung der Machtbefugnisse des Oberhauses vor, von der aber die Verwirklichung des Regierungsplanes abhängt, die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie noch vor den nächsten Parlamentswahlen unter Dach und Fach zu bringen. Die Opposition dürfte nichts unterlassen, das Gesetz zu Fall zu bringen, aber man glaubt, dass die Regierung die Vorlage doch durchdrücken wird, da sie in dieser Frage der einmütigen Unterstützung der Labour-Abgeordneten sicher ist. Erheblich ungewisser ist, ob es der Regierung gelingen wird, die Zustimmung des Hauses für ihre Pläne zu gewinnen, die auf eine Verzögerung der Demobilisierung und die Verlängerung der Wehrpflicht von 12 auf 18 Monaten abzielen. Unter den Kabinettsmitgliedern glaubt zwar niemand an eine akute oder auch nur entfernte Kriegsgefahr. Aber die Unsicherheit der politischen Lage zwingt zu Vorsichtsmassnahmen. Die Schwierigkeiten liegen in dem bekannten Mangel an Arbeitskräften. Jeder weitere Entzug von Arbeitskräften gefährdet das Produktionsprogramm, von dessen Durchführung die wirtschaftliche Wiedergesundung Englands abhängt. Die Regierung sieht den Ausweg darin, die Demobilisierung in die Länge zu ziehen und die Dienstpflicht-Zeit um ein halbes Jahr zu verlängern. Mit

diesen Plänen dürfte das Kabinett jedoch auch innerhalb der Reihen der Labour Party auf Widerstand stossen, denn schon einmal hat sie mit der Festsetzung der Dienstpflicht auf 18 Monate einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Als sie im März 1947 das entsprechende Gesetz einbrachte, stimmten 72 Labour Abgeordnete gegen die Vorlage und weitere 75 enthielten sich der Stimme, so dass sich drei Tage später die Regierung gezwungen sah, nachzugeben und die Dienstzeit auf 12 Monate herabzusetzen. Der Ernst der internationalen Lage lässt allerdings vermuten, dass die Zahl der oppositionellen Labour-Abgeordneten diesmal erheblich geringer sein wird und die Regierung auch in dieser Frage die Zustimmung des Hauses findet. (m/B23/89/1/he)

-----  
Otto Wels  
-----

sp. Otto Wels, der Führer der deutschen Sozialdemokratie in der "Weimarer Republik", würde am 15. September seinen 75. Geburtstag feiern können, wenn ihn nicht die körperlichen und seelischen Erschütterungen der Emigration im Jahre 1939 in Paris in ein frühes Grab gerissen hätten.

ist  
Otto Wels als einer der wenigen "Tatmenschen" der Revolution von 1918 in die Politik eingetreten. Der eben aus dem Feld zurückgekehrte Landwehrmann und Bezirkssekretär von Berlin-Brandenburg entschloss sich in der Nacht zum 9. November 1918 zu einem aktiven Vorstoss gegen das ins Wanken geratene Kaiserreich. Von Erich Kuttner, dem ebenfalls vor wenigen Wochen von der Front zurückgekehrten Armierungssoldaten, hatte er gehört, dass eine Delegation des Naumburger Jägerbataillons, der letzten "Reserve" des Stadtkommandanten, im Gewerkschaftshaus eingetroffen sei, um Fühlung mit den Berliner Arbeitern aufzunehmen. Otto Wels gelang es, die Naumburger Jäger auf seine Seite zu bringen. Mit hatte er für den 9. November vorgesehene "Demonstrationsmarsch der Berliner Arbeiter" seine "Stosereserve", mit deren Hilfe es Otto Wels gelang, die Arbeitermassen an den Kasernen vorbei, durch die Kasernen hindurch in die Stadtmitte, unter die "Linden" und zum Reichstag zu führen. In den Abendstunden des 9. November rief dann Scheidemann die Republik aus und Otto Wels wurde von Friedrich Ebert zum "Kommandanten von Berlin" bestellt.

Das war durchaus kein geruhvoller Posten. Im Dezember 1918 und im Januar 1919 wurde unter Wels' Führung erbittert gegen die kommunistische Revolte um den Maratal, um das "Vorwärts"-Gebäude, um die Wilhelmstrasse und um den Reichstag gekämpft. Immer in der vordersten Linie erlebte er die vielen Enttäuschungen der werdenden Republik: Im Kampf um Berlin, im Kapp-Putsch und bei den Kommunisten-Revolutionen in Sachsen, Thüringen und im Ruhrgebiet.

Allmählich stieg Otto Wels zum Parteivorsitzenden der Sozialdemokratie empor. Der "Kreis um Otto Wels" hatte ein schweres Arbeiten, im

Reichstag, im Preussischen Landtag, in der Presse und in der von Nationalisten aller Sorten durchsetzten Öffentlichkeit; Hermann Müller, Édouard David, Paul Löbe, Rudolf Hilferding, Rudolf Breitscheid, Hermann Wissel, Hans Vogel, Toni Pfülf, Marie Juchacz und Friedrich Stampfer. Seine engsten Freunde besass er in der Preusseregierung: Otto Braun, Karl Severing und Ernst Heilmann, mit deren Hilfe er die Preussische Exekutive und die Preussische Polizei zu einem Machtinstrument der Republik zu schaffen suchte.

Persönlich war Otto Wels absolut kein Asket und kein "Säulenhelliger" der Demokratie. Er liebte in gutem Freundeskreise ein gutes Essen, ein gutes Trinken und eine gute Zigarre und konnte nach einem arbeitsreichen Tag mit einer nahezu kindlichen Freude im Auto des Parteivorstandes zum Müggelsee nach Hause rasen. Otto Wels sah bereits nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten das Verhängnis des 20. Juli 1932 und des 30. Januar 1933 herannahen. Er war der einzige, der in der Kroll-Oper, umgeben von den schwarzen Häschern der SS, dem Reichsverderber in seiner berühmten Rede zum letzten Mal die Meinung sagte, bis auch er mit seinem Freundeskreis in die Emigration gerissen wurde. Sein Leidensweg ging über Prag, Gdingen und Kopenhagen nach Paris, wo er im Frühjahr 1939 einen frühen Tod fand.

Hermann Schützinger

#### Der erste Leitartikel des "Neuen Vorwärts"

sp. In seiner ersten, zum Parteitag in Düsseldorf erscheinenden Nummer gibt das Zentralorgan der SPD "Neuer Vorwärts" im Leitartikel eine programmatische Erklärung ab, der wir folgende Stellen entnehmen:

"Es hat lange, zu lange gedauert, bis Deutschlands grösste und für die Zukunft entscheidende Partei die Möglichkeit wieder erhalten hat, sich ein zentrales Blatt zu schaffen, in dem ihr Geist und ihre Stimme zum Ausdruck kommen können. Die Presse, die sich seit 1945 in Deutschland - nach verschiedenen Methoden in jeder der vier Besatzungszonen - entwickelt hat, hat ihre Aufgabe nicht immer darin erblickt, der Entwicklung der Demokratie zu dienen. Im Osten dient sie dem Gegenteil: der Gleichschaltung. Aber in Westen treibt ein Teil der "überparteilichen" Blätter ein Versteckspiel, das mehr mit Verwirrung als mit Aufklärung, mehr mit Ausreden als mit Aussprachen zu tun hat. Wer keine Meinung hat oder zu äussern wagt, der liebt es, sich in höhnischen Reden und Sticheleien gegen die Parteien zu ergehen; es erhebt ihn der eigenen Parteinahme, es gibt seiner politischen Windbeutelerei den Anschein der Grundsätzlichkeit; es ist ein bequemes Geschäft, aber uns scheint, dass es ein verächtliches ist. Hätte es Erfolg, könnte es für die Demokratie genau so tödlich werden wie die Gleichschaltung."

Wenn wir uns offen und stolz als Parteiblatt bekennen, dann wollen wir damit weder die Partei zum Dogma erheben, noch die Meinungen ausserhalb unserer Partei missachten. Wir sind bereit, uns mit jeder ehrlichen Meinung und jeder ernsthaften Kritik auseinanderzusetzen. Nur werden die nicht auf unsere Achtung rechnen dürfen, die ihre jeweilige "Linie" von fremden Machthabern fertig geliefert bekommen und sie, wenn es befohlen wird, mit derselben Heftigkeit wechseln, mit der sie sie eben noch angepriesen haben; und wer seine eigene Verantwortungslosigkeit hinter der hässlichen Verlästerung aller verantwortungsvoll um die Neugestaltung des deutschen und europäischen Schicksals Bemühten versteckt, wird von uns keinen Lorbeer erwarten dürfen. Selbst hohe Auflagen und hohe Protektion werden uns keine Hochachtung abringen.

Das Ideal des demokratischen Sozialismus in Deutschland zu dienen, wird deshalb unsere vornehmste Aufgabe sein. Schon dadurch werden wir uns von denen unterscheiden, die nicht Ideen dienen, sondern Interessen vertreten - mögen es eigene oder fremde sein. Der "Neue Vorwärts" tritt seine Laufbahn in einer Zeit schärfster Spannung an; der Riss zwischen zwei gegnerischen Erdhälften droht Deutschland in zwei Teile zu spalten. Doch was auch geschehen möge - für uns deutsche Sozialdemokraten wird die Einheit des deutschen Volkes bestehen bleiben. Wir werden unsere Stimme immer auch für die erheben, die hinter dem Eisernen Vorhang ihre Gedanken nicht frei äussern dürfen. Keine Zonengrenze und keine Blockademauer kann die Verbundenheit zwischen uns und ihnen aufheben; das keuchlerische Einheitsgeschrei totalitärer Agenten wird machtlos bleiben gegenüber der wahren Einheit freien Denkens und Wollens."

#### Kommunen in Finanznöten

sp. Die Finanzen der Kommunen sind, wie alle Guthaben der öffentlichen Hand, durch den Währungschnitt ausradiert worden, soweit es sich um Ersparnisse, Rücklagen und Guthaben handelte. Die Schulden sind geblieben, allerdings abgewertet im Verhältnis 10:1. Die Begründung dafür, dass den Gemeinden jedes Vermögen gestrichen wurde, lautet: auch die Kommunen sind Kriegsgewinnler. Niemals haben sie so viel Bargeld gehortet wie seit 1939. Das hat nur bedingt seine Richtigkeit. Denn die Gemeinden hatten zu wenig Gelegenheit zum Geldausgeben. Auch dringende Arbeiten, für die das Geld hätte aufgewendet werden können, mussten unterbleiben, weil es an Material oder Arbeitskräften oder an beidem mangelte.

Jetzt herrscht in den Kassen der Kommunen Ebbe, am empfindlichsten dort, wo geringen Steuereinkünften sehr beträchtliche Verpflichtungen zu Aufwendungen sozialer Art gegenüberstehen. Insgesamt sind die am meisten überbevölkerten Länder mit ihrem hohen Prozentsatz an Fürsorgeunterstützungsempfängern auch die ärmsten und am meisten einer Hilfe bedürftigen. Aber die Hilfe bleibt aus, weil der Ausgleich nicht einmal auf der Zonen-, geschweige der Zwei- oder Dreizonenebene durchführbar ist. So kommt es, dass einzelne Länder die

Gehälter ihrer Angestellten und Beamten aufbessern können, während andere sich ernsthaft mit dem Gedanken tragen, sie abzubauen. Das alles aber geschieht nur zwangsläufig, weil ein zentral gesteuerter Ausgleich fehlt.

Die Gemeinden haben eine Überbrückungshilfe bekommen. Noch wissen sie nicht, ob sie ein einmaliger Zuschuss oder nur ein Kredit ist. Sie wissen nur, zumal in den armen Ländern, dass diese Überbrückungshilfe nicht ausreicht, zumal 20% von den Ländern einbehalten worden sind. Die Braunschweigische Städtekonferenz hat festgestellt, dass sie diese 20% und eine weitere Überbrückungshilfe dringend benötigt, wenn die Kommunen nur ihren allerdringendsten Verpflichtungen nachkommen sollen. An die Ausführung selbst lebenswichtiger kommunaler Arbeiten ist gar nicht zu denken, obwohl das den Arbeitsmarkt und mittelbar den Fürsorgeetat belastet. Für den Fall, dass die Überbrückungshilfen nur Kredite darstellen, sind neue Steuern unausweichlich. Da die Kopf- oder Bürgersteuer, die von den Nazis vor 1933 gern als "Negarsteuer" bekämpft wurde, ohne von ihnen nach ihrer Machtergreifung abgeschafft zu werden, sich zweifellos keiner starken Beliebtheit erfreut, ist an eine Personalsteuer in Höhe von 5 bis 10 Prozent auf die endgültigen Sätze der Einkommenssteuer gedacht, ferner an eine Mietwohnraumsteuer, von der man sich ausser nennenswerten Einkünften für die Kommunalkassen eine gewisse Erleichterung des Wohnungsmarktes verspricht. Einigkeit herrscht darüber, dass Grund-, Gewerbe-, Vergnügungs- und Hundesteuer als die wesentlichen Steuerquellen der Kommunen nicht ausreichen.

Sparmassnahmen durch Personalabbau sind ein zweischneidiges Schwert. Aber auch die gewaltsame Arbeitsbeschaffung nach 1933 durch Aufrüstung und staatliche Frunkbauten hat sich als verfehlt erwiesen. Aus diesen negativen Erkenntnissen und dem Willen zu sparsamer Verwaltungsführung die rechte Synthese zu finden, wird die schwierige, aber letzten Endes dankbare Hauptaufgabe der Kommunalverwaltungen in der nächsten Zukunft bilden müssen. (b/388/79/2/he)

Verantwortlich: Peter Baunau